



Die kommende Periode wird für die Lösung des Konflikts in der Ukraine von entscheidender Bedeutung sein, sagen internationale Beamte dem Sicherheitsrat

Die Befreiung ist erst abgeschlossen, wenn der letzte russische Soldat abreist, schwört den stellvertretenden Außenminister und markiert die Debatte der Generalversammlung

Die kommenden Monate werden entscheidend für die Beilegung des Konflikts in der Ostukraine durch erneuten politischen Willen sein, trotz des durchschnittlichen täglichen Auftretens von mehr als 500 Verstößen gegen den Waffenstillstand und gewaltsamen Aufflammen, teilten hochrangige internationale Beamte dem Sicherheitsrat heute mit.

Rosemary DiCarlo, Untergeneralsekretärin für politische und friedenserhaltende Angelegenheiten, zitierte den heutigen Großereignis in Donbass mit mehr als 2.500 Explosionen: „Der dringend benötigte und lang erwartete Frieden in der Ostukraine kann erreicht werden, wenn genügend politischer Wille vorhanden ist, gutgläubige Verhandlungen und konkrete Unterstützung für die Bemühungen, die Waffen zum Schweigen zu bringen.“

Sie äußerte auch die Hoffnung, dass die im Dezember 2019 von den Führern der „Normandie Vier“ (Frankreich, Deutschland, Russische Föderation, Ukraine) im Dezember 2019 eingegangenen Verpflichtungen zu konkreten Fortschritten vor Ort führen werden. In der Tat fordere der Konflikt weiterhin einen inakzeptablen humanitären Tribut und destabilisiere gleichzeitig den Frieden und die Sicherheit insgesamt. Sie wies darauf hin, dass mehr als 3,4 Millionen Menschen, die auf der Kontaktlinie leben, sowohl humanitäre Hilfe als auch Schutz benötigen.

Da der Plan für humanitäre Hilfe für 2019 stark unterfinanziert ist, werden für den Plan für 2020 158 Millionen US-Dollar benötigt, mit dem Ziel, 2 Millionen Menschen zu erreichen, fuhr sie fort. Daher muss der Rat die positive Dynamik und das Engagement der Normandie 4 und der Trilateralen Kontaktgruppe fördern und uneingeschränkt unterstützen, um den Konflikt mit neuem Antrieb und Dringlichkeitsgefühl anzugehen, gefolgt von Maßnahmen zur Wiederherstellung des Vertrauens und zur Ermöglichung einer spürbaren Verbesserung der Situation entlang der Kontaktlinie.

Heidi Grau, Sonderbeauftragte der amtierenden Vorsitzenden der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), sagte, dass trotz des heutigen Aufflammens der Gewalt in Donbass und der Verstöße gegen die Minsker Abkommen von 2015 die Bemühungen der OSZE den Rückzug beinhalteten von Streitkräften und Hardware in drei Pilotgebieten, der Austausch von Gefangenen, Vereinbarungen über Kommunalwahlen in Gebieten, die nicht von der Regierung der Ukraine kontrolliert werden, und eine Prüfung von Voda Donbasa, dem Wasserversorgungsunternehmen in Donezk.

Halit Çevik, Chefmonitor der OSZE-Sonderüberwachungsmission, sagte, dass der tägliche Durchschnitt bei 520 liegt, obwohl die Häufigkeit von Verstößen gegen den Waffenstillstand gesunken ist, da die Verstöße gegen Waffen, die über die Abzugslinien hinweg beobachtet wurden, weiterhin bestehen. "Was in den kommenden Monaten vor uns liegt, ist entscheidend", betonte er. "Es ist dringend erforderlich, die Dynamik aufrechtzuerhalten."

Sergiy Kyslytsya, der stellvertretende ukrainische Außenminister, beschrieb den Angriff der russischen Besatzungsmächte auf ukrainische Streitkräfte, der von russischen Besatzungsmächten mit von Minsk verbotenen Waffen durchgeführt wurde, als einen zynischen Versuch, den Friedensprozess in Donbass zu stören. "Es ist ein Krieg, der einzige andauernde Krieg in Europa", sagte er und betonte, dass er von russischen Truppen und ihren Söldnern mit von Moskau gelieferten Waffen und Munition geführt wird. Er forderte die Russische Föderation nachdrücklich auf, humanitären Organisationen ungehinderten Zugang zu Häftlingen zu gewähren und ihnen die Suche nach vermissten Personen zu ermöglichen. Ein vollständiger und umfassender Waffenstillstand sowie ein ungehinderter Zugang der OSZE zum gesamten besetzten Gebiet würden den Friedensprozess erleichtern. In den kommenden Tagen,

Der Vertreter der Russischen Föderation sagte jedoch, es sei versucht worden, eine parallele politische Realität zu schaffen, und betonte, dass die Konfliktparteien nicht die Russische Föderation und die Ukraine seien, sondern die Regionen Donezk und Donbass. In der Tat sind die Minsker Abkommen die einzige wirkliche Hoffnung für den Frieden und für die Ukraine, das Vertrauen zu Donbass wiederherzustellen, nachdem sie ihre Bewohner als Separatisten in ihrem eigenen Land bezeichnet haben. Er forderte die bedingungslose Einhaltung der im Normandie-Format getroffenen Maßnahmen und sagte, Wahlen in dieser Region könnten nur in einem Klima des Vertrauens stattfinden, in dem die Menschen, die Kiew als Separatisten bezeichnete, nicht bedroht seien.

Der Vertreter Estlands schlug den Einsatz einer Friedensmission der Vereinten Nationen vor und erinnerte daran, dass die Russische Föderation die Forderung der Ukraine, dass der Sicherheitsrat eine solche Operation beauftragen soll, blockiert habe.

Der Vertreter der Vereinigten Staaten stellte fest, dass der ukrainische Präsident Volodymyr Zelenskyy Schritte zur Umsetzung der Minsker Abkommen unternommen hat, aber die Russische Föderation hat nicht den gleichen Geist bewiesen, selbst indem sie den Waffenstillstand eingehalten hat. In der Tat ergreife dieses Land weiterhin aggressive Maßnahmen, fügte sie hinzu und forderte Moskau auf, seinem Engagement für die Abkommen nachzukommen und die Situation in den Konfliktgebieten zu stabilisieren. Sie betonte weiter, dass die Vereinigten Staaten die Annexion der Krim nicht anerkennen, und forderte die Russische Föderation auf, ihre aggressiven Aktionen zu beenden und die territoriale Integrität der Ukraine zu respektieren.

Frankreichs Vertreter beschrieb den Ukraine-Konflikt als die tödlichste Tortur Europas in den sechs Jahren seit Beginn. Er bekräftigte, wie wichtig es ist, dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) Zugang zu Zivilisten zu gewähren, und sagte, sie seien die Hauptopfer einer der schwersten humanitären Krisen in einem Jahrzehnt. 3,4 Millionen von ihnen seien auf humanitäre Hilfe angewiesen.

Der deutsche Vertreter führte mehrere Verstöße im Zusammenhang mit der Russischen Föderation an, darunter wiederholte Einschränkungen der Freizügigkeit und die Ausstellung russischer Pässe für mehr als 200.000 Menschen in dem betroffenen Gebiet.

Der belgische Vertreter, der die Minsker Abkommen fünf Jahre nach ihrer Unterzeichnung als „toten Brief“ bezeichnete, betonte jedoch, dass sie für einen dauerhaften Waffenstillstand unverzichtbar bleiben. Sie drückte ihre Besorgnis über die jüngsten Schübe aus und forderte die Parteien, insbesondere die Russische Föderation, auf, die Sonderüberwachungsmission zu respektieren und ihr uneingeschränkter Zugang zum gesamten Gebiet der Ukraine zu gewähren.

Der Vertreter der Dominikanischen Republik begrüßte die internationalen Bemühungen - einschließlich der des Quartetts sowie insbesondere Frankreichs und Deutschlands -, die Beseitigung von Minen zu erleichtern.

Der Vertreter Indonesiens drückte den Widerstand seiner Delegation gegen die Annexion eines souveränen Landes oder Territoriums aus und beschrieb eine solche Aktion als eindeutigen Verstoß gegen die Charta der Vereinten Nationen und das Völkerrecht.

Es sprachen auch Vertreter des Vereinigten Königreichs, von St. Vincent und die Grenadinen, von Südafrika, China, Tunesien, Niger und Vietnam.

Das Treffen begann um 15.05 Uhr und endete um 17.20 Uhr

Briefings

ROSEMARY DICARLO, Untergeneralsekretär für politische und friedenserhaltende Angelegenheiten, fasste die jüngsten Entwicklungen zusammen und erklärte, dass das Maßnahmenpaket in den vom Rat 2015 verabschiedeten Minsker Abkommen der einzige Rahmen für eine Verhandlungslösung des Konflikts in der Ostukraine bleibt. Sie erinnerte an das Ergebnis des Treffens im Normandie-Format, das die Staats- und Regierungschefs Frankreichs, Deutschlands, der Russischen Föderation und der Ukraine in Paris abgehalten hatten, und erklärte, sie hätten sich zu einem Waffenstillstand, zur Unterstützung und zu einer Einigung innerhalb der Trilateralen Kontaktgruppe über zusätzliche Bereiche des Rückzugs verpflichtet. Sie gab einen Überblick über ihren eigenen Besuch in der Ukraine im Dezember 2019 und berichtete, dass sie die Unterstützung des Generalsekretärs für die laufenden Friedensbemühungen, eine verbesserte humanitäre Situation und stärkere Initiativen für den Dialog zur Gewährleistung eines nachhaltigen Friedens bekräftigte.

Diese positiven Anzeichen bleiben jedoch begrenzt und leicht umkehrbar, sagte sie und beschrieb den Einsatz schwerer Waffen als deutliche Erinnerung daran, dass ohne politischen Willen ein sehr reales Risiko besteht, in weitere Gewalt zurückzufallen. Der Rat sollte alle Beteiligten ermutigen, ihr Möglichstes zu tun, um eine positive Dynamik bei den Verhandlungen sicherzustellen, sagte sie. Trotz der Maßnahmen zur Minderung der Auswirkungen des Konflikts auf die Zivilbevölkerung werden weiterhin Menschenleben gefordert, Verletzungen verursacht, die Bewegungsfreiheit eingeschränkt und Menschenrechtsverletzungen vorangetrieben, wie von der Menschenrechtsüberwachungsmission der Vereinten Nationen berichtet. Im Jahr 2019 verzeichnete das Büro des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte (OHCHR) 167 zivile Opfer, ein Rückgang von 40 Prozent gegenüber 2018.

Sie stellte fest, dass 3,4 Millionen Menschen entlang der Kontaktlinie immer noch humanitäre Hilfe und Schutz benötigen, und sagte, dass Frauen, die 70 Prozent der Haushalte führen, häufig keinen Zugang zu Sozialleistungen oder Unterstützung haben. Die Wasser-, Bildungs- und Gesundheitsinfrastruktur ist stark betroffen. 2019 wurden 50 Schulen beschädigt, ein Anstieg von 200 Prozent gegenüber 2018. Unter Berufung auf 88 Vorfälle, die auf Wassernetze in der Nähe oder an der Kontaktlinie abzielen, betonte sie: „Angriffe auf die zivile Infrastruktur müssen halt.“ Die Vereinten Nationen und ihre Partner müssen freien Zugang zu Bedürftigen haben, fügte sie hinzu und wies darauf hin, dass sie seit 2014 aufgrund großzügiger Spendenbeiträge jährlich schätzungsweise 1 Million Menschen erreicht haben. Dies mache jedoch weniger als ein Drittel aller Bedürftigen aus, betonte sie.

Da der Plan für humanitäre Hilfe für 2019 stark unterfinanziert ist, werden für den Plan für 2020 158 Millionen US-Dollar benötigt, mit dem Ziel, 2 Millionen Menschen zu erreichen, sagte sie. Der Konflikt fordert weiterhin einen inakzeptablen humanitären Tribut und destabilisiert gleichzeitig den allgemeinen Frieden und die Sicherheit. Daher muss der Rat die positive Dynamik und das Engagement der Normandie 4 und der Trilateralen Kontaktgruppe fördern und uneingeschränkt unterstützen, um den Konflikt mit neuem Antrieb und Dringlichkeitsgefühl anzugehen, betonte sie. Darauf sollten Maßnahmen folgen, um das Vertrauen wiederherzustellen und die Situation entlang der Kontaktlinie

spürbar zu verbessern. "Der dringend benötigte und lang erwartete Frieden in der Ostukraine kann erreicht werden, wenn genügend politischer Wille, gutgläubige Verhandlungen und konkrete Unterstützung für die Bemühungen zur Stilllegung der Waffen vorhanden sind", sagte sie.

HEIDI GRAU, Sonderbeauftragter des amtierenden Vorsitzenden der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), informierte per Videokonferenz aus Kiew über das Aufflammen von Gewalt in Donbass. Sie erinnerte daran, dass sich beide Seiten am 17. Juli 2019 erneut zu einem Waffenstillstand verpflichtet hatten und die Zahl der Verstöße weiterhin unter dem Durchschnitt von 2018 lag. 2019 gab es 40 Prozent weniger zivile Opfer als 2018 und 70 Prozent weniger als 2017, aber die Minenkontamination ist zu einem größeren Problem geworden, das im Januar 7 von 10 Opfern verursachte und im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der OSZE stand. Sie berichtete über einen Abzug von Kräften und Hardware in Stanytsia Luhanska, Zolote und Petrivke seit Juli 2019, ein wichtiges Signal, das den Wiederaufbau der Fußgängerbrücke über den Fluss Siverskiy Donets ermöglicht.

In Bezug auf die politische Dimension stellte sie fest, dass beide Seiten am 1. Oktober 2019 die Steinmeier-Formel akzeptierten, die die Minsker Abkommen ergänzt und die Reihenfolge der Kommunalwahlen in Gebieten festlegt, die nicht unter der Kontrolle der Regierung stehen. Die politische Arbeitsgruppe hat seitdem erhebliche Diskussionen über die Integration der Formel in die ukrainische Gesetzgebung geführt. Sie bedauerte, dass öffentliche Erklärungen der De-facto-Behörden in Donezk und Luhansk den Zielen der Minsker Abkommen widersprechen - die Wiederherstellung der territorialen Integrität und Souveränität der Ukraine. In Bezug auf die Wirtschaft berichtete sie, dass beide Seiten im November 2019 einer finanziellen und operativen Prüfung von Voda Donbasa, dem Wasserversorgungsunternehmen in Donezk, zugestimmt hätten. Am 29. Dezember 2019 fand ein Austausch von rund 200 Häftlingen statt, der erste seit zwei Jahren. gab der humanitären Arbeitsgruppe neue Impulse. In Anlehnung an den Generalsekretär DiCarlo betonte sie, dass jedes Opfer eines zu viel ist.

HALIT ÇEVİK, Chefmonitor der OSZE-Sonderüberwachungsmission, informierte ebenfalls per Videokonferenz aus Kiew über die Sicherheitslage, die jüngsten Entwicklungen bei der Umsetzung der Minsker Abkommen und die Auswirkungen des Konflikts auf die Zivilbevölkerung. Angesichts der Fortschritte, die von einem umfassenden Waffenstillstand abhängen, verzeichnete die Mission seit dem 1. Januar einen deutlichen Rückgang der Verstöße sowie vereinzelte Gewaltspitzen, berichtete er. Er zitierte Einzelheiten zu gemeldeten Verstößen und sagte, dass sich heute in Luhansk ein schwerwiegender Vorfall ereignete, an dem mehr als 2.500 Explosionen beteiligt waren. Trotz der Versprechungen der Vier Normandie muss das politische Engagement für einen Waffenstillstand, das auf höchster Ebene zum Ausdruck gebracht wird, noch vor Ort in eine konkrete Umsetzung umgesetzt werden. In der Tat liegt die durchschnittliche Anzahl der täglichen Verstöße gegen den Waffenstillstand bei 520,

Dennoch habe es in den letzten Monaten mehrere positive Entwicklungen gegeben, fuhr er fort und stellte fest, dass die Minenräumungsaktivitäten noch andauern. Die Parteien haben in drei Pilotgebieten - Stanytsia Luhanska, Zolote und Petrivske - Kräfte und Hardware abgesetzt. Der Bau einer neuen Brücke in Stanytsia Luhanska sei ein Beispiel dafür, was durch politischen Willen erreicht werden könne, und betonte, dass Fortschritte möglich seien. In der trilateralen Kontaktgruppe werden derzeit Gespräche über die Ermittlung von drei neuen Rückzugsbereichen geführt. Die Teilnehmer skizzieren Vorschläge für andere Bereiche, um den Prozess bis Ende März abzuschließen. Zusätzliche Diskussionen über Minenräumungspläne und die Eröffnung von Kontrollpunkten über die Kontaktlinie hinweg seien erforderlich. „Was in den kommenden Monaten vor uns liegt, ist von entscheidender Bedeutung.

Die Sonderüberwachungsmission ihrerseits verfolge weiterhin Informationen über zivile Opfer, betonte er und betonte, dass ihre Anwesenheit entscheidend für die Bereitstellung eines objektiven und unparteiischen Berichts über die Situation vor Ort und für die Unterstützung der Bemühungen beider Seiten zur Umsetzung sei ihre Verpflichtungen. Während die Freizügigkeit, wie im Mandat der Sonderüberwachungsmission und in den Minsker Abkommen verankert, von wesentlicher Bedeutung ist, werden ihre Aktivitäten häufig durch Hindernisse in Gebieten außerhalb der Kontrolle der Regierung eingeschränkt, insbesondere im südlichen Teil der Region Donezk, sagte er täglich Einschränkungen als inakzeptabel. Er erinnerte daran, dass die Minsker Abkommen die Schlüsselemente für die Bewältigung der Sicherheitslage darlegten, und erklärte: „Für die Lösung dieses Konflikts, der nun in sein sechstes Jahr eingetreten ist, ist Zeit von entscheidender Bedeutung.

Aussagen

VASSILY A. NEBENZIA (Russische Föderation) stellte fest, dass gestern fünf Jahre seit der Annahme der Resolution 2202 (2015) vergangen sind, ein obligatorisches Element des Völkerrechts, das jedoch von wenigen respektiert wird. Unter Berufung auf ein „Mantra“, dass sein Land seine internationale Verantwortung nicht respektiert, betonte er, dass die in der Region beteiligten Parteien nicht die Russische Föderation und die Ukraine sind, sondern die Regionen Donezk und Donbass. Es gibt einen Versuch, eine parallele politische Realität zu schaffen, fügte er hinzu und beschrieb Aussagen, dass die ukrainischen Streitkräfte bereit sein müssen, Donbas zu befreien, als nicht hilfreich, ebenso wie eine Aussage über den Vormarsch an die Grenze. Er fuhr fort zu betonen, dass die Minsker Abkommen für Millionen von Einwohnern der Ostukraine die einzige wirkliche Hoffnung auf Frieden sind und dass die Ukraine das Vertrauen zu Donbas wieder aufbauen kann, nachdem sie ihre Bewohner als Separatisten in ihrem eigenen Land bezeichnet hat. Er forderte die bedingungslose Einhaltung der im Normandie-Format getroffenen Maßnahmen und sagte, der Rückzug und die Minenräumung seien unter den Teppich gekehrt worden, und die Ukraine führe Krieg gegen die Bevölkerung von Donbass. Wahlen in dieser Region können nur in einem Klima des Vertrauens stattfinden, in dem die als Separatisten bezeichneten Menschen in Kiew nicht bedroht sind, sagte er und äußerte die Hoffnung, von Kollegen zu hören, die die Resolution 2202 (2015) unterstützen.

CHERITH NORMAN-CHALET (Vereinigte Staaten) und stellte fest, dass seit dem Einmarsch der Russischen Föderation auf die Krim 13.000 Menschen getötet wurden. Ihre Delegation unterstütze die Minsker Abkommen und das Normandie-Format. Präsident Volodymyr Zelenskyy hat Schritte unternommen, um die Abkommen umzusetzen, aber die Russische Föderation hat nicht den gleichen Geist bewiesen, auch nicht durch die Einhaltung des Waffenstillstands, sagte sie. In der Tat habe der heutige Angriff ukrainische Opfer gefordert, und die Russische Föderation ergreife weiterhin aggressive Maßnahmen, forderte sie Moskau auf, seinem Engagement für die Minsker Abkommen nachzukommen und die Lage in den Konfliktgebieten zu stabilisieren. Weitere Maßnahmen sollten die Öffnung des Zugangs für Zivilisten und die Einhaltung der Bestimmungen des Waffenstillstands umfassen. Hervorheben, dass die Vereinigten Staaten die Annexion der Krim nicht anerkennen,

CHRISTOPH HEUSGEN (Deutschland) erinnerte an die jüngste Geschichte der Region und sagte, das Normandie-Format habe die Situation verbessert. Obwohl es weniger zivile Opfer gibt, gibt es immer noch Todesfälle, und die Situation bleibt eine dringende Herausforderung in Europa. Er stellte fest, dass der Delegierte der Russischen Föderation den Ratsmitgliedern gerade mitgeteilt hatte, dass die Ukraine das in den Minsker Abkommen enthaltene Maßnahmenpaket nicht umsetzt, und erinnerte daran, dass die erste Bestimmung ein Waffenstillstand sei und Moskau von Anfang an gegen das Abkommen verstoßen habe. Seitdem habe es andere Verstöße begangen, darunter den heutigen Angriff, wiederholte Einschränkungen der Freizügigkeit und die Ausstellung russischer Pässe für mehr als 200.000 Menschen, die im separatistischen Gebiet leben.

JOSÉ SINGER WEISINGER (Dominikanische Republik) sagte, das Streben nach Frieden müsse eine kollektive Anstrengung sein. Er betonte die Bedeutung der Minsker Abkommen und die Annahme der Resolution 2202 (2015) und stellte fest, dass die OSZE anhaltende Verstöße gegen den Waffenstillstand meldete, was Anlass zur Sorge gab. Es kommt weiterhin zu Todesfällen, die das Leiden und die Vertreibung der Zivilbevölkerung verschärfen. Er lobte die internationalen Bemühungen - insbesondere des Quartetts, Frankreichs und Deutschlands -, diesen Menschen durch die Erleichterung der Minenräumung zu helfen. Ein bevorstehendes Treffen im Normandie-Format werde dazu beitragen, friedliche Wahlen in der Region zu gewährleisten. Er bekräftigte die Unterstützung seiner Delegation für die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine und drängte auf einen fortgesetzten Dialog zwischen den Parteien.

KAREN PIERCE (Vereinigtes Königreich) betonte, dass die Minsker Abkommen einen Fahrplan für die friedliche Lösung des Konflikts in der Ostukraine enthalten. Sie bemerkte das Engagement von Präsident Zelenskyy für die Steinmeier-Formel und beschrieb den Bericht der russischen Delegierten über Verstöße gegen das Minsker Abkommen als größtenteils eine in ein Märchen gehüllte Lüge. Das einzige Interesse dieses Landes bestehe darin, Kiew in der Ostukraine zu untergraben, sagte sie und wies darauf hin, dass die Minsker Bestimmung zum Abzug ausländischer Truppen weit entfernt von der heutigen Situation sei, die durch Verstöße gegen den Waffenstillstand und den Einsatz schwerer Ausrüstung entlang der Kontaktlinie gekennzeichnet sei. Stattdessen pflanzen die Truppen der Russischen Föderation tatsächlich mehr Minen, sagte sie und fügte hinzu, dass diese Aktionen seit Beginn des Konflikts vor sechs Jahren verheerende Auswirkungen auf die Menschen in der Ukraine hatten. 13.000 Menschen wurden getötet und fast 30.000 verletzt. Die Russische Föderation trägt eine große Verantwortung für das Leid und sollte es unterlassen, sogenannte „humanitäre Konvois“ über die Grenze zu schicken. Dieses Land habe den Konflikt begonnen, erinnerte sie sich und betonte die anhaltende Unterstützung des Vereinigten Königreichs für die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine.

INGA RHONDA KING (St. Vincent und die Grenadinen) sagte, die in den Minsker Abkommen enthaltenen Bestimmungen seien für einen dauerhaften Frieden notwendig, und betonte, dass ein Waffenstillstand weiterhin unabdingbar sei. Das Vertrauen zwischen den relevanten Parteien sei entscheidend, um den Dialog zu stärken und eine nachhaltige Lösung zu finden, fügte sie hinzu. Der fortgesetzte Austausch von Gefangenen muss gefördert werden, ebenso wie die Bemühungen, weitere Bereiche des Rückzugs zu identifizieren. Sie brachte ihre Unterstützung für die Sonderüberwachungsmission und den im Rahmen der Minsker Abkommen festgelegten Rahmen zum Ausdruck und betonte die Notwendigkeit, dass beide Parteien ihre Bestimmungen bedingungslos umsetzen.

MUHSIN SYIHAB (Indonesien) drückte den Widerstand seiner Delegation gegen die Annexion eines souveränen Landes oder Territoriums aus und stellte fest, dass solche Maßnahmen eindeutig gegen die Charta der Vereinten Nationen sowie gegen das Völkerrecht verstoßen. Die Minsker Abkommen bilden die Rechtsgrundlage für eine politische Lösung und bieten einen Fahrplan für die Beilegung des Konflikts in der Ukraine, betonte er und drückte die Unterstützung Indonesiens für die vollständige Umsetzung der Abkommen aus. Er ermutigte die relevanten Interessengruppen, ihre Verpflichtungen in vollem Umfang einzuhalten, und sagte, dies sei ein entscheidender Vertrauensschub, um den Weg für eine politische Lösung zu ebnen, da Frieden und Stabilität in den betroffenen Gebieten wiederhergestellt werden. Indonesien fordert die Parteien auf, die Feindseligkeiten unverzüglich einzustellen und sich zur uneingeschränkten Einhaltung des Waffenstillstands zu verpflichten.

THANDEKILE TSHABALALA (Südafrika) sagte, der Sonderüberwachungsmission müsse ungehinderter Zugang gewährt werden, um die Einhaltung der Minsker Abkommen zu überprüfen, die nach wie vor der vielversprechendste Fahrplan für den Frieden sind. Sie äußerte ernsthafte Besorgnis über die anhaltenden Verstöße gegen den Waffenstillstand in der Ostukraine und forderte die dringende Deeskalation der Spannungen, um die Bereitstellung humanitärer Hilfe zu ermöglichen. Südafrika ermutigt alle Bemühungen - einschließlich der verstärkten Rolle der vier Normandie -, Vertrauen in die Suche nach einer langfristigen, friedlichen und nachhaltigen Lösung der Situation in der Ukraine aufzubauen, sagte er.

Die WU HAITAO (China) forderte alle relevanten Parteien auf, sich weiterhin für die Minsker Abkommen zu engagieren, zu einer Lösung des Konflikts zu gelangen und gleichzeitig die Harmonie zwischen allen ethnischen Gemeinschaften in der Ukraine zu fördern. China lehne jede Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Staaten, einschließlich der Ukraine, ab und respektiere die Souveränität und territoriale Integrität aller Länder, betonte er, dass es keine mögliche militärische Lösung für den Konflikt gebe. Der Dialog sei der einzige Weg, fügte er hinzu.

TAREK LADEB (Tunesien) sagte, seine Delegation unterstütze die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der Staaten sowie eine ausgewogene und umfassende Lösung der Situation in der Ostukraine durch Dialog auf der Grundlage der Resolution 2202 (2015). Er erinnerte an die positiven Entwicklungen des Jahres 2019, einschließlich der Treffen im Normandie-Format, des Austauschs von Gefangenen und der Bemühungen um den Rückzug, die den Weg für eine friedliche Lösung ebnen und das Leiden der Zivilbevölkerung lindern. Tunesien sei jedoch alarmiert über die jüngsten Signale eines Rückfalls in die Gewalt, sagte er. Er betonte die Bedeutung der Rolle der OSZE bei der Überwachung des Konflikts und sagte, dass seine Delegation eine beschleunigte Umsetzung aller Abkommen sowie Bemühungen zur Förderung von Stabilität und Sicherheit in der Region erwarte.

SVEN JÜRGENSON (Estland) sagte, seine Delegation verurteile die illegale Annexion der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol sowie die Besetzung bestimmter Gebiete der ukrainischen Regionen Donezk und Luhansk. Die Minsker Abkommen bleiben die Grundlage für eine politische Lösung des Konflikts in Donbass, betonte er und wies darauf hin, dass die Russische Föderation regelmäßig gegen die Abkommen verstoßen habe. Darüber hinaus verstoßen Moskaus Initiativen wie die Durchführung illegaler Wahlen und die Einberufung ukrainischer Bürger in die Armee gegen den Geist der Minsker Abkommen. Er forderte die Russische Föderation auf, die Abkommen vollständig umzusetzen und ihre Streitkräfte unverzüglich aus der Ukraine abzuziehen, und äußerte sich weiterhin besorgt über die schwerwiegende humanitäre Lage in der Ostukraine, in der etwa drei.

ABDOU ABARRY (Niger) brachte die Besorgnis seiner Delegation über die anhaltende Gewalt zum Ausdruck und sagte, dass angemessene finanzielle Ressourcen mobilisiert werden müssen, um den Bedürfnissen der Bevölkerung gerecht zu werden. Die Minsker Abkommen bieten eine tragfähige Lösung, und ihre Bestimmungen müssen umgesetzt werden, betonte er. Er appellierte an die Parteien, diese Abkommen umzusetzen und den erforderlichen politischen Willen zur Beendigung des Konflikts zu demonstrieren, begrüßte die laufenden Gespräche im Normandie-Format und betonte, dass es keine militärische Lösung gibt. Niger hofft, dass die OSZE ihre Bemühungen zur Einhaltung des Waffenstillstands und anderer Bestimmungen intensivieren wird, fügte er hinzu.

DINH NHO HUNG (Vietnam) sagte, die jüngsten ermutigenden Fortschritte, von der Freilassung von Häftlingen bis zum Pariser Treffen der Staats- und Regierungschefs, könnten den Weg nach vorne ebnen. In der Zwischenzeit sei die Situation vor Ort weiterhin besorgniserregend, sagte er und stellte fest, dass Tod, Zerstörung und Vertreibung von Zivilisten weitergehen. Vietnam bleibt zuversichtlich, dass weitere positive Schritte folgen werden, darunter ein erfolgreicher Waffenstillstand, Minenräumungsaktivitäten und die Ausweitung der Rückzugsgebiete, sagte er.

NICOLAS DE RIVIÈRE (Frankreich) sagte, der Ukraine-Konflikt sei nach wie vor die tödlichste Tortur Europas in den sechs Jahren seit Beginn. In Anerkennung dessen haben Frankreich und Deutschland mit den beiden beteiligten Parteien neue Anstrengungen unternommen, um das Engagement für die Minsker Abkommen sowie konkrete konkrete Anstrengungen für deren Umsetzung zu bekräftigen. Der erste Schritt war die Freilassung von 200 Gefangenen am 29. Dezember 2019. Er fuhr fort erneut zu bekräftigen, wie wichtig es ist, dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) Zugang zu Zivilisten zu gewähren, und den heutigen Angriff zu bedauern, der mindestens einen Todesfall zur Folge hatte. Er lobte den Mut der OSZE-Männer und -Frauen vor Ort, verurteilte alle Aktionen, die sie in Gefahr brachten, und forderte die Eröffnung neuer Grenzübergänge sowie die weitere Räumung von Minen. Zivilisten sind die Hauptopfer einer der schwersten humanitären Krisen seit zehn Jahren, betonte er.

KAREN VAN VLIERBERGE (Belgien), Ratsvorsitzende für Februar, sprach in ihrer nationalen Eigenschaft und beschrieb die Minsker Abkommen fünf Jahre nach ihrer Unterzeichnung als „toten Brief“. Es bleibt auch für die Schaffung eines dauerhaften Waffenstillstands unverzichtbar, fügte sie hinzu. Sie drückte ihre Besorgnis über die jüngsten Schübe aus und forderte die Parteien, insbesondere die Russische Föderation, auf, die Sonderüberwachungsmission zu respektieren und ihr uneingeschränkter Zugang zum gesamten Gebiet der Ukraine zu gewähren. Das OHCHR müsse auch freien und uneingeschränkter vertraulichen Zugang zu betroffenen Zivilisten haben, sagte sie und äußerte große Besorgnis über die Ausrichtung auf wichtige zivile Infrastrukturen, einschließlich Wasserversorgung, sanitäre Einrichtungen und Schulen. Die Anwesenheit von russischer Ausrüstung und Militärpersonal ist zutiefst beunruhigend und stellt eine Bedrohung für die Zivilbevölkerung auf beiden Seiten der Konfliktlinie dar.

SERGIY KYSLYTSYA, stellvertretender Außenminister der Ukraine Der Angriff der russischen Besatzungsmächte auf ukrainische Streitkräfte, der heute Morgen mit von Minsk verbotenen Waffen durchgeführt wurde, sei ein zynischer Versuch gewesen, den Friedensprozess in Donbass zu stören. Er betonte das Engagement der Führung seines Landes zur Beendigung des Konflikts und seine Entschlossenheit, bewaffnete Aggressionen abzuwehren, und sagte, die ukrainischen Stellungen seien in den letzten zwei Monaten mehr als 400 Mal beschossen worden, was dazu führte, dass 13 Soldaten getötet und fast 60 verletzt wurden. "Es ist ein Krieg, der einzige andauernde Krieg in Europa", sagte er und betonte, dass er von Moskaus Truppen und ihren Söldnern mit Waffen und Munition der Russischen Föderation geführt wird. Die vergeblichen Versuche dieses Landes, die Wahrheit zu verdrehen, können als erbärmlich und lächerlich angesehen werden, wenn sie nicht die Erinnerung an Tausende von Ukrainern beleidigen, die bei der Verteidigung ihres Heimatlandes ihr Leben verloren haben.

Er forderte den Rat auf, den breiteren Kontext der bewaffneten Aggression der Russischen Föderation nicht aus den Augen zu verlieren, und sagte, der Osten sei nicht die einzige Frontlinie. Er wies darauf hin, dass die Krim im Süden zu einem Menschenrechtsghetto und einem riesigen Militär geworden sei Basis nach der illegalen Annexion der Halbinsel. Die Militarisierung ist in vollem Gange und stellt eine ernsthafte Bedrohung für die Schwarzmeerregion und darüber hinaus dar. Mit dem Start der sogenannten Krim-Luftbrücke habe die Russische Föderation nicht nur gegen internationales Recht und bilaterale Vertragsverpflichtungen verstoßen, sondern auch enorme wirtschaftliche Verluste für die Ukraine verursacht und die Umwelt des Schwarzen Meeres und des Asowschen Meeres bedroht.

"Die Ukraine setzt sich trotz aller Widrigkeiten für den Frieden ein", betonte er und forderte die Russische Föderation auf, den IKRK ungehinderten Zugang zu Häftlingen zu gewähren und nach vermissten Personen zu suchen. Ein vollständiger und umfassender Waffenstillstand sowie ein ungehinderter Zugang der OSZE zum gesamten besetzten Gebiet würden den Friedensprozess erleichtern, sagte er und fügte hinzu, dass sein Land sich auch auf Kommunalwahlen in seinem gesamten Gebiet, einschließlich seiner vorübergehend besetzten Teile, freue und arbeite. Es ist schwer, einen Krieg zu beenden, der nicht begonnen hat, egal wie lange die andere Seite versucht, ihn zu verlängern. In den kommenden Tagen werde die Generalversammlung den Tagesordnungspunkt „Situation in den vorübergehend besetzten Gebieten der Ukraine“ prüfen und betonen, dass die Befreiung des ukrainischen Territoriums erst abgeschlossen sein wird, wenn der letzte russische Soldat verschwunden ist.

Herr NEBENZIA (Russische Föderation), der ein zweites Mal das Wort ergriff, fragte, warum internationale Stimmen Moskau auffordern, die Minsker Abkommen zu respektieren, nicht aber Kiew, und fragte, ob sie tatsächlich glauben, dass sein Land den Konflikt in Donbass mit „einem Federstrich“ beenden kann und ist naiv genug zu glauben, dass die Menschen in der Region Marionetten des Kremls sind. Die Vertreter von Donbass, die die Minsker Abkommen unterzeichnet hatten, sahen einige ihrer Elemente als Zugeständnisse und Niederlagen an, während die Ukraine sie als Reaktion darauf als Terroristen bezeichnet. Ukrainische Gruppen detonierten eine Mine und feuerten mehr als 50 Mörsergranaten ab. Er fragte sich, warum „Jungen“ in die betroffene Region entsandt werden. Es ist wichtig zu verstehen, dass zwei Seiten in den Konflikt verwickelt sind - Kiew und Donbass - und nicht drei. Sie betonen, dass es ohne einen Dialog zwischen ihnen keine Lösung geben kann.

Herr KYSLYTSYA (Ukraine) fragte, ob der Rat dem Sprecher des Präsidenten der Russischen Föderation oder den Aussagen der 67th Street in New York City zuhören sollte.

Herr HEUSGEN (Deutschland) sagte, seine Delegation glaube tatsächlich, dass Donezk und Luhansk Marionetten Moskaus sind.

Herr NEBENZIA (Russische Föderation) stellte klar, dass die Informationen, auf die sich sein Amtskollege aus der Ukraine bezog, nicht aus der 67. Straße stammten, sondern aus offiziellen Quellen.

 **Für Informationsmedien. Keine offizielle Aufzeichnung.**
